

Es ist sehr merkwürdig, das lassen Sie mich abschließend noch sagen, ich habe das, was ich 1969 zu Papier gebracht hatte über das von mir vermutete Meinungsbild in der DDR, 1989, zwanzig Jahre später, 1990, besser gesagt, unter dem Eindruck von vier Wahlgängen als weitgehend widerlegt betrachtet. Ich habe gedacht, ich hätte mich geirrt und überschätzt die Versuche der DDR-Bevölkerung oder eines Teils, wohlgermerkt eines Teils, sich mit irgendwelchen alternativen Sozialismusmodellen auseinanderzusetzen.

Fünf Jahre später war ich nicht mehr so ganz sicher, widerlegt zu sein. Denn ich stellte mir auf Grund der heute zum Teil vorgetragenen, durch EMNID-Umfragen und andere zu analysierende, noch zu untersuchende Ergebnisse natürlich die Frage: Was spielt hier in der heutigen Stimmungslage der neuen Bundesländer eine Rolle? Kommen da alte Prägungen wieder hoch? Oder ist das das Ergebnis einer zum Teil sehr schmerzlichen Erfahrung einer neuen Sozialordnung? Oder handelt es sich um eine Verbindung von beiden Prägungen – denen der 50er und 60er Jahre mit schmerzlichen Erfahrungen dessen, was man Vereinigungskrise nennen könnte?

Ich will nur noch einmal eines sagen, weil wir ja hier die Schlachten der Vergangenheit immer wieder ansprechen: Was wäre wohl die Alternative gewesen zu dem Versuch, die DDR erst einmal als eine böse Realität zu nehmen in der Hoffnung, sie verändern zu können? Was wäre die Alternative gewesen? Die Alternative wäre der Umbruch, der Umsturz, die Revolution, die große Krise gewesen. Und deshalb denke ich, sollte man, um diese Alternative in ihren Konsequenzen zu erwägen, noch abschließend ein Zitat einfügen, das Zitat eines deutschen Politikers 1988, der mit Blick auf die DDR 1953, Ungarn 1956, die Tschechoslowakei 1968 und Polen in den 70er und 80er Jahren folgendes geschrieben hat: „Wegen der damit verbundenen Gefahr lebensgefährlicher kriegerischer Verwicklungen konnten und können Volkserhebungen in den Staaten des Warschauer Paktes nicht unterstützt werden. Es hat deshalb keinen Sinn, die Notsituation dort so zu verschärfen, daß die Belastungen für die Menschen unerträglich werden und es zur Explosion kommt. Während der Westen auf den Bänken gesicherten Wohlstandes sich auf die Zuschauerrolle beschränkt, gibt es drüben Tote, Verwundete, massive Strafen und Verfolgungen. Ich jedenfalls konnte und kann auf Grund meines christlichen Gewissens eine solche Politik nicht hinnehmen oder gar fördern.“ Zitat aus Franz Josef Strauß: Erinnerungen, abgeschlossen 1988 – anderthalb Jahre vor dem Mauerfall, der den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums einleitete. Vielen Dank.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, wir wollen hier eigentlich über die Gegenwart und die Zukunft reden. Wir sind aber bei einer Diskussion über die Vergangenheit gelandet. Nun scheint mir das insofern verständlich zu sein, als wir von der Gegenwartsmächtigkeit der Vergangenheit in verschiedenen Hinsichten ausgehen können. Wir müßten al-

lerdings konkreter sagen, in welcher Weise wo die Vergangenheit nachwirkt. Dieses wäre genauer zu erörtern.

Wir haben im übrigen drei Positionen im Hinblick auf die Gegenwart kennengelernt. Die eine Position sagt: Es sind zwei Kulturen da, die sollten zunächst einmal in einem Verhältnis der Koexistenz stehen. Die zweite Position lautet: Wir können uns mit einer bestimmten Kultur, nämlich der der DDR, nicht abfinden; ihre sehr problematischen Züge müssen kritisch benannt werden. Eine dritte Position besagt: Auch die Kultur des Westens bedarf in hohem Maße der Kritik, was in einem Beitrag sehr prinzipiell formuliert wurde, während in einem anderen Beitrag stärker mit bestimmten Erfahrungen der Vergangenheit argumentiert wurde, wobei moralische Implikationen deutlich wurden.

Ich fände gut, wenn wir bei dem Versuch, jetzt noch weiter zu diskutieren, auch im Auge behielten, daß wir Vorschläge zu entwickeln haben, wie wir aus dieser Situation, die von vielen als verfahren empfunden wird, rauskommen können.

Da ich die unbändige Lust der Kolleginnen und der Kollegen aus der Enquete-Kommission kenne, Fragen zu stellen und Diskussionsbeiträge zu formulieren, kann ich zunächst nicht die verschiedenen Diskutanten aufeinander reagieren lassen. Ich möchte deshalb zunächst die Diskussionsbeiträge aus der Kommission abfragen, aber denjenigen, die am Podium sitzen, zusichern, daß Sie alle noch einmal abschließend reagieren können, auch auf die anderen Teilnehmer am Podium. Eine andere Möglichkeit sehe ich angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht. Der erste aus der Enquete-Kommission ist ihr Vorsitzender, Herr Eppelmann.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Eine kurze Antwort auf eine Frage, von der ich hoffe, daß sie keine nur rhetorische war, Herr Rexin, und dann zwei Fragen. Sie fragten, wie soll man denn mit dem Bösen umgehen, außer daß man hofft und das Seine dazu tut, daß es besser werden könnte. Es nicht Schönreden, ist mir ganz spontan dazu eingefallen. Das Böse nicht schönreden. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Schacht und an Herrn Rexin. Von Wahrnehmungsfolgen hat Herr Schacht geredet, auch im Blick auf das Reden und den Umgang mit Diktatoren oder über sie. Ich denke da an Worte von Jürgen Fuchs, der mal mahnend zu den Spitzenpolitikern der Bundesrepublik gesagt hat: Merkt ihr nicht, in welcher Gefahr ihr euch begeben, wenn ihr mit Diktatoren redet, den gleichen Kognak mit ihnen trinkt, möglicherweise euch erzählt, wo ihr es besonders schön findet, wo ihr das letzte Jahr im Urlaub ward, und auf einmal feststellt, Menschenskinder, wie der von Kindern geredet hat, das ist ja ein richtig sympathischer Mensch? Habt ihr dabei möglicherweise vergessen, daß der auf eine ganz andere Art und Weise zu politischem Einfluß und politischer Macht gekommen ist, daß das ein Diktator ist? Auf dem Hintergrund, weil es das auch heute noch geben soll, eine Frage an Sie beide: Was raten Sie auf dem Hintergrund dieser Wahrnehmungsfolgen Politikern, ja ich möchte auch Journalisten und Literaten noch dazu nehmen, in ihrem Umgang mit Diktatoren oder ihren Äußerungen über Diktatoren? Meine zweite

Frage richtet sich an Frau Simon. Meine Wahrnehmungen haben ja einmal mit meinen bisherigen Erfahrungen zu tun. Sie beeinflussen unter anderem auch mein Denken und mein Tun in der Zukunft. Und auf dem Hintergrund möchte ich Sie fragen: Gehört das tatsächlich, ich frage jetzt mal provozierend, zu meiner Identität, daß wir in Berlin, Hauptstadt der DDR, eine Otto-Grotewohl-Straße hatten und eine Klement-Gottwald-Allee? Ich sage für mich nein und wage zu behaupten, daß auch viele viele DDR-Bürger sagen würden, das gehört nicht zu meiner Identität. Das gehörte offensichtlich zur Identität derer, die dieses Land regiert haben. Aber ist das tatsächlich Herzensangelegenheit von vielen ehemaligen DDR-Bürgern, und haben die den Eindruck, jetzt wird ihnen ein Hemd ausgezogen, weil die Klement-Gottwald-Allee wieder Berliner Straße heißt und weil die Otto-Grotewohl-Straße wieder Wilhelmstraße heißt?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich habe jetzt hier auf der Liste Herrn Burrrichter, Herrn Poppe, Herrn Kowalczuk und Herrn Wilke. Zunächst Clemens Burrrichter.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrrichter: Herr Schacht, ich habe mich während Ihres vehementen Vortrags gefragt, was Sie denn für ein Wahrnehmungsmodell haben und daß es gelegentlich ja dem Intellektuellen gut ansteht, sein eigenes Wahrnehmungsmodell kritisch zu befragen. Ein Punkt ist mir deutlich geworden, über den ich gerne mit Ihnen bei anderer Gelegenheit diskutieren möchte, nämlich über Ihr Verhältnis von Moral und Politik, das bei Ihren Äußerungen doch sehr deutlich zum Tragen kommt. Und da frage ich mich, wie Sie die gegenwärtig häufigen Pilgerfahrten nach Peking denn da einordnen. Und jetzt zu etwas anderem. Einen einzigen Punkt will ich nur Ihrer Philippika gegen die beiden Autoren, und Sie haben ja noch mehr im Auge, entgegenhalten. Auch das wäre bei einer kritischen Wahrnehmung sicherlich angeraten gewesen, den Kontext, den Entstehungszusammenhang und die Verarbeitung dieser Bücher in ihrer Zeit zu kontrollieren. Sie haben völlig vergessen uns mitzuteilen, daß diese und viele andere Bücher in einem demokratischen Diskussionsprozess zwischen sehr unterschiedlich zur Deutschlandpolitik eingestellten Zeitgenossen entstanden sind. Dieses waren keine Produkte aus einer Parteiakademie oder sonst irgendeiner Parteschule, sondern dieses waren Arbeiten, die auch im Vorfeld bereits Diskussionen hatten. Ich denke, für die Beurteilung solcher Dinge, bevor man sich zu einer solchen Philippika hinreißen läßt, sollte man das mit in Rechnung stellen. Dankeschön.

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, ich bekenne, ich bin einigermaßen in Schwierigkeiten angesichts dieser fünf sehr unterschiedlichen Beiträge, wovon drei sich ja doch stärker auf die historische Wahrnehmung in den 70er Jahren bezogen, insbesondere aus westlicher Sicht oder aus Sicht eines, der zu diesem Zeitpunkt in den Westen geraten war. Ich möchte deshalb auch unbedingt etwas dazu sagen. Offensichtlich hat sich doch damals abgespielt, daß man revolutionäre Veränderungen im Osten, sei es nun Polen oder Tschechoslowakei oder DDR oder wo auch immer, Sowjetunion selbst, nicht mehr erwartet hat und daß das dann irgendwann umgekippt ist, daß man sie

auch nicht mehr gewünscht hat und daraus dann so eine Art Wunsch geworden ist, die Lage zu normalisieren. Dann ist natürlich die logische Konsequenz, menschliche Erleichterungen in den Vordergrund zu stellen, von der Stabilisierung der Status quo zu reden, auch wenn sie zugleich Stützung der diktatorischen Systeme der anderen Seite bedeutet. Dieses zieht sich in der Tat nun allerdings durch bis 1989 und nicht nur bis 1989, es zieht sich für meine Begriffe durch bis heute. Und damit haben wir eine Kontinuität unabhängig von der jeweiligen Koalition und Regierung in der alten Bundesrepublik, was wahrscheinlich bei Herrn Schacht nicht so ganz angekommen ist. Sie haben bestimmte Beispiele aus dem einen Lager genommen. Man kann es, glaube ich, doch durchziehen. Mein Punkt hier an dieser Stelle ist, daß sich hier auch die Fortwirkung eines stereotypen Handelns befürchten läßt, und, eben wurde das Beispiel China genannt, es lassen sich zahlreiche weitere Beispiele anführen; Haltung zu Indonesien, zu Iran, und so weiter. Wie geht man mit Diktaturen um? Ich glaube, daß aus dieser historischen Sicht doch auch eine politische Sicht auf die heutige Rolle Deutschlands abzuleiten ist. Man muß diese alten Wahrnehmungsmuster tatsächlich noch einmal genau untersuchen, damit wir bestimmte Fehler nicht wiederholen. Dieses ist das eine. Wenn ich aber den ganzen heutigen Tag verstanden habe, so ist ja die Mehrzahl oder sind diejenigen, die hier in den Statistiken zu Wort gekommen sind, ganz andere Menschen. Das sind nicht die, die wie Herr Winkler die zwei Geschichtskulturen untersuchen, sondern das sind Leute, die andere Motivationen, andere Probleme haben und wo ja tatsächlich seit der deutschen Einheit ganz andere Fragen im Vordergrund stehen als diejenigen, wie sich nun der Westen in den 70er oder 80er Jahren gegenüber dem Osten verhalten habe und umgekehrt. Deshalb, denke ich, wenn wir hier weiter suchen wollen, müssen wir vor allen Dingen die Zeit seit der deutschen Einheit betrachten, also seit 1989 bis heute. Da beziehe ich mich insbesondere auf die beiden Beiträge von Annette Simon und Hans-Jürgen Fischbeck. Ich bin nicht mit allem einverstanden, diese Straßenumbenennung ist mir auch aufgestoßen. Vor allen Dingen, was Hans-Jürgen Fischbeck sagt, der Zusammenbruch sozialistischer Ideologie als Orientierungsverlust, dies kann ich nun allerdings überhaupt nicht erkennen. Ich bin der Meinung, der Zusammenbruch der sozialistischen Ideologie wurde von einer ganz ganz großen Mehrheit ausschließlich als Befreiung verstanden. Auch nicht erst 1989 ist dieser Zusammenbruch erfolgt, sondern diese Ideologie, oder die Hoffnung auf irgendwelche sozialistischen Utopien, verschwindet ja bereits sehr viel früher im Laufe der 70er oder 80er Jahre, nicht erst 1989. Soweit zu dem, was ich dort nicht nachvollziehen konnte. Aber, wenn wir uns 1989/90 in die Situation der Ostdeutschen versetzen und jetzt die heutige Situation sehen, da gibt es einen ganz großen Unterschied, ein ganz großes Problem, das durch die deutsche Einheit gekommen ist: Man kann nicht mehr in den Westen abhauen. Es ist aber der Westen immer die Projektionsfläche gewesen, und ich behaupte, der Westen oder dann eben die heutige Bundesrepublik Deutschland, die ja einfach eine Fortsetzung der alten Bundesrepublik Deutschland geblieben ist, was ja kritisiert wird von vielen Menschen, ist nach wie vor die Projektionsfläche der Unzufriedenheit. Wenn die Menschen, von

denen hier in den großen Zahlen geredet wird, mit den 80 %, etwas erhofft haben von der deutschen Einheit, so waren das ganz sicher, das zeigen ja diese Werte: Wohlstand, persönliche Freiheit; beides durchaus ganz wichtige Werte, die eine ganze Gesellschaft betreffen, und ihretwegen hat man die eigenen Wünsche immer auf den Westen projiziert. Und was ist passiert? Den Wohlstand gibt es durchaus an einigen Stellen, die Leute haben neue Autos. Und trotzdem gibt es die individuelle Verunsicherung durch die Arbeitslosigkeit und die vielen anderen Probleme, die hier genannt wurden. Was die persönliche Freiheit angeht, so gab es den Wunsch, eigene Vorstellungen stärker zu verwirklichen, auch sehr stark in dieses gemeinsame Deutschland miteinbezogen zu werden, und die Erfahrung, daß die eigene Rolle nicht so gefragt ist, wie sie eigentlich gefragt werden sollte. Sicherlich kann man die persönliche Freiheit jetzt wahrnehmen durch Reisen und so weiter, aber man kann sie eben nicht wahrnehmen, indem man sich sehr stark mit dieser ganzen Aufbruchstimmung von 1989/90 einbringt. Oder auf der anderen Seite sind die neuen Westchefs da, die mögen ja ganz nett sein, aber sie behindern zugleich diese Wahrnehmung der eigenen Rolle. Also zwei subjektive Probleme, die Freiheit ist da, aber trotzdem in einer bestimmten Weise reduziert. Und das gleiche gilt natürlich für die Verunsicherungen, bei allen Fortschritten, die im wirtschaftlichen Bereich auch ansonsten erfahren werden. Da wurde vorhin etwas sehr Richtiges gesagt von Annette Simon. Warum um Himmels willen ist man auf diese Verfassungsdebatte eigentlich nicht eingegangen? Und zwar nicht die von 1974, Herr Klingemann, der Vergleich ist nicht sinnvoll, denn da gab es keinerlei Identifikation der Bevölkerung mit diesem Konstrukt von 1974. Aber die Diskussion von Ende 1989, Anfang 1990, angefangen mit dem Runden Tisch, dann mit dem Kuratoriumsentwurf, dann mit der gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern 1993. Das Ergebnis war Null. Hier hätte es eine sehr einfache Möglichkeit gegeben, eine neue Identifikationsmöglichkeit einzig und allein durch die Tatsache, daß man bestimmte Veränderungen in größerem Umfang, als es geschehen ist, in dem Grundgesetz untergebracht und anschließend in freier Selbstbestimmung, das heißt nach Artikel 148, entschieden hätte. Allein ein solcher symbolischer Vorgang hätte möglicherweise den Grad der Identifikation mit der neuen Bundesrepublik Deutschland auf ganz andere Weise entstehen lassen können, und deshalb, meine ich, sollten die Fragen tatsächlich an der Stelle gesucht werden, wie man diesem Selbstbild gerecht werden kann. Nicht, indem man die Larmoyanz unterstützt, sondern wie man Selbstachtung auf vernünftige Weise erzeugen kann, wie man sie stabilisieren und wie man letztendlich dann auch die neuen Bundesbürger stärker beteiligen kann an der eigentlichen Umsetzung sowohl im Wirtschaftlichen als auch in dem demokratischen Konzept selbst. Dies alles ist eben, glaube ich, auf der Strecke geblieben, und deshalb ist erneut das gleiche eingetreten wie gehabt, eine Infragestellung der Demokratie als Resultat individueller Verunsicherung und Nichtbeschäftigung, also erneut eine Projektion auf den Staat oder auf die Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Und da liegt es ja nahe, daß man das demokratische System als solches attackiert.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczyk: Ich erweise mich jetzt insofern als Demokrat, als ich auch an unsere ersten beiden Referenten eine Frage richte, damit das jetzt nicht so zugedeckelt wird von der ganz heftigen Debatte, die dann anschließend folgte. Mir ist ein Widerspruch in Ihren Ausführungen aufgefallen, der vielleicht gar kein Widerspruch sein muß, beziehungsweise von Ihnen gar nicht so intendiert war. Sie haben festgestellt, daß in beiden Teilen, in den alten Bundesländern wie in den neuen Bundesländern, bei der Jugend ein relativ gleiches Verständnis, vor allen Dingen auch eine gleiche theoretische Akzeptanz von Demokratie herrscht. Sie haben das festgemacht an Funktionselementen, die sozusagen der Demokratie allgemein zugeschrieben werden. Nun ist es ja so, daß, theoretisch, Demokratie ja nicht nur als eine Verfassungsform oder als eine Staatsform beschrieben wird, sondern durchaus auch als eine Lebensform. Da habe ich schon größere Unterschiede feststellen können. Also meine Frage ist, ob meine Vermutung, daß da größere Unterschiede zwischen Ost und West, jetzt auch speziell bei den Jugendlichen, herrschen, richtig ist. Für mich war der Indikator „Demokratie als Lebensform“ die Frage des politischen Engagements, wo es ja tatsächlich eine Schere gab. Da würde ich ganz gerne von Ihnen noch einmal ein paar Ausführungen hören. Die zweite Frage oder die zweite Bemerkung richtet sich an Annette Simon. Du hast von den Verlusten von Feindbildern gesprochen. Das fand ich insofern interessant, als Du nicht nur aufgemacht hast die Verluste, die die ehemaligen Herrschenden, die ehemaligen SED-Genossen und die Funktionselite dabei erlitten haben, sondern ebenso zum Beispiel auch die derjenigen, die in Opposition und Widerstand zu dem System gestanden haben. Wie äußert sich das eigentlich heute? Denen ist ja offensichtlich auch etwas abhanden gekommen, ein Sinn des Lebens. Aber wenn man jetzt einfach mal die Szene durchläuft, dann haben ja nicht nur die ehemaligen Funktionsebenen Probleme mit der neuen Gesellschaft, sondern tatsächlich auch Leute, von denen man erst einmal behaupten könnte, daß sie eigentlich sehr sehr gut in der neuen Demokratie ankommen müßten beziehungsweise angekommen sein müßten. Das würde mich interessieren. In diesem Zusammenhang will ich noch einmal dieses erst einmal witzig klingende Wort Ostalgie aufgreifen. Ich glaube schon, daß da etwas dran ist, also die Besitzstandverteidigung, die da irgendwie enthalten ist, und daß offensichtlich auch im Westen größere Ängste vorhanden sind, daß man von seinem Eigenen auch irgendetwas abgeben muß beziehungsweise da etwas verloren gehen könnte. Wie sieht es tatsächlich mit der Ostalgie im Westen aus? Ich meine, Herr Schacht hat sozusagen ein Beispiel aus den frühen 70er Jahren gebracht, was man durchaus in die 80er Jahre durchziehen könnte. Die Frage ist, was ist in der DDR-Forschung zum Beispiel thematisiert worden. Ich glaube zwar nicht, daß es uns hilft, wenn wir das so holzschnittartig machen, aber da wären hier durchaus Punkte aufzulisten, die eher zu diskutieren sind und die auch diskutiert werden. Aber wenn wir uns heute bestimmte politische Kräfte aus der alten Bundesrepublik anschauen, wie die mit bestimmten ehemaligen Leuten des alten Systems kungeln, wie die auch versuchen, bestimmte Dinge der SED-Diktatur kleinzureden. Wenn das im Osten passiert, ist das Ostalgie, wenn das im Westen passiert, dann wird das in der Regel als politisch beson-

ders klug eingeschätzt. Dazu würde ich auch gerne mal was hören. Das Dritte ist, Herr Rexin, Sie haben wahrscheinlich eher rhetorisch eine Frage gestellt, Sie haben gefragt, was wäre eigentlich die Alternative gewesen zu der Politik, zu der DDR-Forschung, so wie sie betrieben worden ist. Nun will ich Ihnen gar nicht absprechen beziehungsweise den maßgebenden Vertretern dieser DDR-Forschung, daß das eine ganz legitime Art und Weise war, sich zu äußern. Trotzdem, glaube ich, hätte es schon Alternativen gegeben, und zwei möchte ich einfach aufzählen. Die erste Alternative wäre gewesen, daß man bestimmte Dinge, die in den 70er und 80er Jahren in der Bundesrepublik im Mainstream nicht mehr thematisiert worden sind, in der Wissenschaft thematisiert. Dazu gehört zum Beispiel die ganze Frage des MfS, das hat nur Herr Fricke gemacht. Dazu gehört die ganze Frage von Opposition und Widerstand, die ganze Frage der Unterdrückung. Dazu gehört letztendlich auch, daß man die DDR bei dem benannt hätte, was sie war, nämlich eine Diktatur. Das passierte in den 70er und 80er Jahren nicht mehr. Das ist, glaube ich, eine Alternative. Das Zweite: Ich glaube nicht, daß heutzutage so sehr die Kritik sich dahin richtet, daß sich bestimmte Spitzenpolitiker mit Spitzenleuten des alten Staates getroffen haben. Aber die Kritik muß da ansetzen, daß sich diese selben Spitzenpolitiker des Westens nicht mit den Oppositionellen aus der DDR getroffen haben. Da wäre eine Alternative, glaube ich, gegeben gewesen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Jetzt als letzter Manfred Wilke. Wir haben jetzt nicht mehr sehr viel Zeit.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Sie wollten nur sagen, ich solle mich kurz fassen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Das pflege ich in der mir eigenen höflichen indirekten Form zu tun. Bitte sehr.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Wir kennen uns jetzt lange genug. Clemens Burrichter hat natürlich recht, wissenssoziologisch, wenn er einfordert, daß man die Bücher in ihren zeitgeschichtlichen Kontext stellt. Aber mich hat heute viel mehr bewegt, was die beiden Empiriker hier an Befunden über Demokratieeinstellungen vorgetragen haben. Da will ich noch einmal drei Punkte zusammenfassen. Mein Freund Ulrich Schacht hat daran erinnert, wie jemand in die Bundesrepublik kommt, aus dem Knast von Brandenburg, und damit konfrontiert ist, daß eine demokratische Gesellschaft sich mit Diktatur in Deutschland abfindet, obwohl die Gesellschaft geprägt ist von der Debatte darüber, wie es zum Nationalsozialismus kommen konnte. Er hat eigentlich damals die Frage an uns gestellt: Wieso laßt ihr euch das gefallen, wieso redet ihr die schön? Und bei dieser Frage, wieviel wert ist uns die Republik als Demokraten, schlage ich den Bogen, den Winkler aufgemacht hat, und erinnere nur an die Weimarer Republik; eines der Worte über diese Republik heißt: die Republik ohne Republikaner, ohne Demokraten. Das Zweite sind dann die Befunde, die Klingemann hier vorgetragen hat: Tiefstand des demokratischen Ansehens; keine Hoffnung auf Lösungen durch das Parlament, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Klingemann, bei vielen vielen Menschen; Ver-

lust in die Gestaltungsfähigkeit der Parteien. Nicht nur die Frage: Opposition gegen verbrauchte Regierung, sondern die Frage: Ist diese Demokratie, ist das System der repräsentativen Demokratie noch in der Lage, unsere Lebensfragen zu bewältigen? Da gehen die Antworten eher in die Richtung Nein. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist noch nicht zu sehen, daß es eine Bewegung gibt, die sagt: Weg mit diesem System. Aber es gibt eine tiefe Lethargie und die Haltung, daß man selbst privatisiert, aber sich nicht mehr darauf verlassen kann, daß dieses politische System der Republik die Krisen und die Zukunft meistern kann. Meine Frage ist ganz einfach, weil ich irgendwo das Gefühl habe, daß ein deutsches Bewußtsein wieder zu seinem Punkt kommt: diese Republik ist nicht so gut, wir brauchen autoritäre Regelungsformen der Politik, wir brauchen auch jemanden, der den gordischen Knoten durchschlägt und anderes mehr. Ist das ein mögliches Zukunftsszenario?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, meine Damen und Herren, ich möchte selbst auch noch Fragen an Herrn Klingemann und Herrn Münchmeier anschließen. Herr Klingemann, Sie sehen die Hauptsache der Krise im Leistungsverlust des politischen Systems. Doch gibt es auch Forschungsergebnisse – und in diese Richtung hat Kowalczuk schon gefragt –, die erkennen lassen, daß die Demokratiebegriffe eben doch auch voneinander abweichen. Im Rahmen eines von mir verantworteten Projektes wurde eine größere Zahl von Intensivinterviews durchgeführt, die darauf hindeuten, daß es erhebliche Unterschiede gibt, was den Demokratiebegriff angeht. Zum Beispiel ist die Wendung gegen Parteien ungleich stärker im Osten als im Westen, die intermediären Faktoren werden geringer eingeschätzt, Affekte gegen die hohe Komplexität von Politik sind im Osten noch größer usw. Da kann ich schon Unterschiede feststellen. Vielleicht können Sie darauf noch einmal eingehen.

Und Herrn Münchmeier würde ich doch gern als Sozialpädagogen ansprechen. Sie haben die Anomie als wesentlichen Befund nun dargestellt. Was schlagen Sie denn vor, was in dieser Situation zu tun ist? Was schlagen Sie als Pädagoge vor, wie wir gesamtgesellschaftlich oder in bestimmten Bereichen angesichts der Situation, die Sie festgestellt haben, weiter vorgehen sollten?

Nun kommen alle der Reihenfolge nach noch einmal zu Wort, wobei ich Herrn Fischbeck vorziehen muß, da er uns sogleich verlassen muß. Bitte, Herr Fischbeck.

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck: Das ist sehr sehr freundlich von Ihnen. Ich möchte auch nur zwei Sätze sagen. Zunächst einmal zu Gerd Poppe. Ich habe ja nicht gesagt, daß viele Menschen im Osten den Zusammenbruch der sozialistischen Ideologie beklagen, sondern daß sie ihn durchaus bejahen. Dennoch hinterläßt der Verlust der Option für soziale Gerechtigkeit, die ja mit der Idee des Kommunismus verbunden ist und immer noch von 70 % der Bevölkerung hochgeschätzt wird, Orientierungsverlust. Das ist das, was ich habe sagen wollen. Ich weiß nicht, ob ich das richtig übergebracht habe und kann jetzt auch nicht mehr Worte machen.

Der zweite Satz, den ich zu Ihnen sagen wollte, Herr Schacht: Ich war ja auch in einem gewissen Konflikt innerhalb der Kirche mit denen, die den Weg des 6. März 1978 gegangen sind und begründet und befürwortet haben. Jedenfalls war ich spätestens seit Gorbatschow in diesem Konflikt. Aber ich kann den Stab nicht so brechen, wie Sie das machen, über diese Brüder und Schwestern, die diesen Weg für richtig hielten, bis hin sogar zu 1987, wo jener Konflikt dann offen aufbrach mit unserem Antrag auf „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, schönen Dank, Herr Fischbeck. Ich würde sagen, als erstes Herr Klingemann, dann Herr Münchmeier. Herr Klingemann!

Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann: Danke schön. Ich versuche, auf die Fragen insgesamt zu reagieren, und spreche die Fragen nicht einzeln an. Mir liegt an Folgendem: Ich glaube, wir müssen ganz strikte den Unterschied machen, ob Menschen Demokratie im Prinzip, also als Regierungsform, haben wollen, ob sie die Strukturen, wie sie sich institutionell in der Bundesrepublik niedergeschlagen haben, gut finden, und wie sie den demokratischen Prozess, der sich jeden Tag aufs neue abspielt, beurteilen. Das heißt, es sind unterschiedliche Generalisierungsebenen, und die letzte, über die ich im wesentlichen gehandelt habe, ist das, was man altmodisch vielleicht als Verfassungswirklichkeit beschrieben hätte, also wie die Akteure mit den Werten und Normen, die sie sich selber gegeben haben und die sie jedenfalls akzeptieren, umgehen. Hier liegt das Mißvergnügen. Es geht aus den Daten, die ich eben vorgelegt habe, durchaus hervor, das 90 % der Bürger in der Bundesrepublik eine Demokratie als Staatsform haben wollen, also jedenfalls reagieren sie positiv auf den Satz: „Die Demokratie mag ja Probleme mit sich bringen, aber sie ist besser als jede andere Regierungsform.“ Dieses können wir mal unterstellen. Es ist also, Herr Wilke, nicht so, daß man an jeder Ecke einen vermuten müßte, der die Demokratie abschaffen möchte. Aber es ist es auf der anderen Seite so, daß es Zweifel gibt, ob die Strukturen, so wie sie in der Bundesrepublik existieren, für die Leistungsfähigkeit, mit der Probleme gelöst werden müssen, nun die absolut besten sind. Hier muß ja wohl Debatte erlaubt sein. Ich meine, wenn der Bürger sich vorstellen muß, daß der Vermittlungsausschuß in Deutschland regiert, also diese komplexen Verhältnisse im föderalen System, das ist ja manchmal auch nicht nachzuvollziehen, ebenso wenn der Bundesrat parteipolitisch mißbraucht wird, nicht wahr, oder wenn der Finanzminister nun als Trickser dasteht, weil er diese Goldreserven anders bewertet. Das trägt alles mit dazu bei, daß Bürger sagen, also die Demokratie ist ja in Ordnung, und es mag ja auch sein, daß so, wie wir da verfaßt sind, das auch in Ordnung ist, aber so, wie sie sich im Augenblick abspielt, das mögen wir nicht. Das ist der erste Punkt, den ich machen wollte. Wir finden das ja auch in anderen Ländern. Nun, da der böse Feind nicht mehr da ist und man nicht sagen kann: Also, wenn du nun die Demokratie nicht liebst, dann kommt die kommunistische Diktatur, fragen die Bürger: Ist denn unsere Verfassung noch das Beste, oder kann man da dran was verbessern? Die Neuseeländer haben sich ein neues

Wahlrecht gegeben. Die Italiener haben ihre Institutionen, die Japaner andere. Also die Bevölkerung fängt an, darüber nachzudenken, ob die Strukturen, die sie haben, in den Institutionen nicht noch verbesserungsfähig sind. Das muß ein Debattenthema doch wohl sein dürfen. Ich habe diese 74er Verfassung, nur um das klarzustellen, hier nur deshalb hergenommen, weil die liberalen Freiheitsrechte, der Rechtsstaat und so weiter da ja auch drinstehen. Ich habe diese Formulierung genommen, weil ich auf die sozialen Rechte abgehoben habe, die im Grundgesetz so nicht enthalten sind. Meine These ist ja, gerade im Bereich der sozialen Grundrechte, daß es hier etwas gibt, was neu in die Verfassungsdiskussion in der Bundesrepublik einfließt. Und wenn ich mir die Landesverfassungen ansehe, also dann muß ich sagen, irgendwo kommen mir bestimmte Dinge da doch bekannt vor. Der dritte und letzte Punkt: Wir haben, glaube ich, jetzt eine Phase, wo wir uns mit unterschiedlichen Formen von Demokratie beschäftigen müssen, die Frage stellen müssen, ob sich nicht unterschiedlich verfaßte demokratische Systeme im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit unterscheiden. Ein Kollege spricht von Konsensusdemokratie und majoritärer Demokratie und sieht sich etwa an, wie entwickeln sich Arbeitslosigkeit, bestimmte Wirtschaftsindikatoren, Frauen in der Politik und so weiter unter unterschiedlich verfaßten demokratischen Systemen. Da, finde ich, kann man etwas lernen, das ist das, was, glaube ich, auch gebraucht wird. Wir brauchen Anpassungsfähigkeit, nicht nur mental und in den Wahrnehmungen, sondern auch in den Strukturen, die unsere Verhaltensweisen entweder befördern oder beschränken. Danke schön.

Prof. Dr. Richard Münchmeier: Ich glaube, das Charakteristische für die Situation, in die wir leben, sind Entkoppelungen, das heißt, es fällt auseinander, was von der Theorie her und von unseren Denkgewohnheiten her zusammengehört. Es fällt also auseinander die Befürwortung von Demokratie und die Akzeptanz der Akteure in dieser Demokratie. Das kann vielleicht nach dem Lehrbuch nicht sein, aber die Praxis tut uns nicht den Gefallen, das Lehrbuch zu bestätigen. Man wirft einfach andere Fragen auf. Wenn man junge Leute fragt, und das sind unsere Ergebnisse, ich habe es schon gesagt, völlig d'accord mit dem, was mein Kollege gerade vorgestellt hat, gibt es eine, wie ich finde, erstaunlich hohe Akzeptanz von Demokratie, manchmal sogar über das hinaus, was die Demokratie verfassungsrechtlich vorsieht. Also rein juristisch zum Beispiel sind Jugendliche in Ostdeutschland überzeugt, zum Wesen der Demokratie gehört das Recht auf Arbeit. Darüber sollte man nachdenken. Aber sie sind auch überzeugt, daß zum Wesen der Demokratie gehört, daß nicht jeder zuziehen kann, der will. Hier gibt es durchaus Dinge, die auseinanderliegen. Und nun ist es mal so, und es tut mir leid für die Politiker hier im Saale, aber der Befund ist nicht zu ändern und im übrigen auch nicht neu: Ein schlechteres Image als die Politiker hat niemand, keine der befragten gesellschaftlichen Institutionen, die Politikerpolitik ist schlechterdings das Schlußlicht. Das ist gar kein neuer Befund, das finden Sie bereits in der Literatur, was wir da feststellen. Es ist nur die Wiederholung eines Tatbestandes. An vorletzter Stelle übrigens liegen die Kirchen. Wenn man sich erkundigt warum,

dann weil sie das typische Problem gesellschaftlicher Großorganisationen haben, die Heterogenität durch kleinste gemeinsame Nenner bezähmen müssen. Die Jugendlichen sagen, die Kirche sagt nicht ja, sagt nicht nein, sagt immer nur jein. Sie bezieht keine Stellung, sie ist wischwaschi. Man könnte entgegenhalten, aber es interessiert Jugendliche nicht, das Wesenselement von Demokratie ist, Kompromisse zu finden. Zweitens, ich glaube, wir haben insofern eine neue Situation, als die Demokratie oder die Akzeptanz politischer Rituale und Prozeduren nicht mehr bedrängt wird durch Ideologien gleich welcher Richtung, sondern der Legimitätsverlust, die schleichende Erosion der Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungsprozeduren wird, so interpretiere ich jedenfalls, bewirkt durch eine angestaute Welle nicht gelöster Zukunftsprobleme in der Gesellschaft. Allen voran die Arbeitslosigkeit. Kurioserweise halten die Jugendlichen, die wir befragt haben, ihren Glauben an Demokratie trotzdem aufrecht. Aber sie beschimpfen die Akteure. Sie erwarten sich von der Politikerpolitik schlechterdings gar nichts mehr. Man kann es nicht höflicher formulieren. Die Frage des Engagements, denke ich, erklärt sich von daher auch. Ich glaube, es gibt zur Zeit keine realistische Chance, Jugendliche dazu zu bewegen, daß sie sich mehr als bisher in den gängigen, tradierten klassischen Formen politischen Handelns engagieren. Ich würde diese Prognose so wagen, ich sehe auch überhaupt keinen Grund, daß da in der nächsten Zeit eine Änderung eintreten sollte. Das bedeutet soziologisch gesehen das Risiko negativer Selektion, also daß vor allem karriereorientierte Menschen den Nachwuchs für die Politik bilden, ist vergleichsweise höher als in einer Gesellschaft, wo noch wertrationales Potential da war, wo die Menschen aus Überzeugungen und um der Überzeugungen willen in die Politik hineingegangen sind. Ich will diese Befürchtung so mal formulieren. Ich sehe nicht das Risiko, nach dem sozusagen Herr Wilke gefragt hat, daß der Führer wiederkommt oder das Verlangen nach einer Diktatur, die Probleme angeblich löst. Dieses Risiko sehe ich nicht, das läßt sich aus den Daten nicht herauslesen. Das Risiko ist vielmehr die Verlagerung des Engagements in jenen Bereich, wo man selber etwas steuern und bewirken kann, das, was in der öffentlichen Meinung immer als Privatisierung denunziert wird, ein Wort, das mich maßlos ärgert, vor allem wenn es, bis zur Trivialisierung unkenntlich geworden, zum Ausweis von Desengagements gemacht wird. Privatisierung heißt nichts anders als daß ich versuche, Probleme, die die Gesellschaft nicht löst, mit meinen eigenen privaten Mitteln in meinem eigenen privaten Beziehungs- und Bezugsnetz zu lösen. Die Skala, die dieses mißt, zeigt dramatisch hohe Werte. Die Skala, die politische Wirksamkeit, die Wirksamkeit der Politik mißt, zeigt dramatisch niedrige Werte. Sie haben gerade gefragt, was Sozialpädagogik raten kann. Sicherlich nur, daß man diese Situation erst mal akzeptiert, so wie sie ist. Was äußerst unbeliebt ist und als Ausweis der Verlogenheit der Politikerpolitik apostrophiert wird, ist der Versuch, das wegzuschminken. Zweitens, ich denke, man sollte erst einmal Hindernisse aus dem Weg räumen, damit junge Leute die Lebensbedingungen, die ihren Alltag ausmachen, selber gestalten können, und nicht gleich mit dem Verlangen kommen, sie mögen in die große Politik einsteigen. Ich nenne zwei Beispiele. Jugendliche entwickeln ein Rockkonzert zur alternativen Gestaltung

der Abiturfeier – das Lehrerkollegium sagt nein, wir haben da unsere Traditionen, wir wollen es nicht. Anderes Beispiel, junge Leute entdecken einen Keller, der sich nutzen läßt als Proberaum. Es entwickelt sich daraus so eine Art Musikjugendclub, es kommt die Bauaufsicht und sagt, die Deckenhöhe ist leider 26 cm zu niedrig, wir müssen den weiteren Betrieb untersagen. Solange Jugendliche diese Erfahrungen machen, denke ich, gibt es nur die immer wiederholte Erfahrung, daß sie die Bedingungen ihres eigenen jugendlichen Lebens nicht gestalten können. Wie sollen sie dann glauben, daß sie die Bedingungen des Lebens in der Gesellschaft gestalten können?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank, Herr Münchmeier. Ich muß jetzt die letzten Vier bitten, jeweils sich auf 2 Minuten zu beschränken, weil wir sonst nicht über die Runden kommen werden. Der Herr Vorsitzende muß abschließend noch ein kurzes Schlußwort sprechen können. Ich bitte sehr, Frau Simon.

Annette Simon: Also ganz kurz. Ich komme immer in die Schere zwischen meiner eigenen Identität und dem Versuch, Identität von DDR-Bürgern zu erklären. Meine eigene Identität ist die Otto-Grotewohl-Straße auf keinen Fall und der Palast der Republik schon gar nicht. Den habe ich nämlich aus Prinzip nie betreten. Aber wenn ich versuchen will, zu verstehen, was jetzt in Ostbürgern vorgeht, die dafür kämpfen, dann muß ich sagen, da ist Identitätsverlust, und den müssen wir einfach wahrnehmen und den können wir nicht irgendwie unter den Tisch kehren. Zu dem Verlust der Feindbilder bei den Oppositionellen. Es gibt eine merkwürdige Restaurierung von Feindbildern gerade in Szenen, die ich verfolgt habe, wie im Prenzlauer Berg. Auf einmal ist jetzt wieder das westliche Kapital der Feind. Sozusagen sehr merkwürdig, wo sie vorher sich als Oppositionelle begriffen, gehen sie jetzt in so eine merkwürdig linksanarchische Szene, was ich immer als eine Art Verweigerung des Erwachsenwerdens sehe, sich jetzt wirklich an Gestaltung zu beteiligen. Das ist anscheinend relativ schwer und manchmal nicht gelernt worden. Wenn der Feind verlorengeht, fehlt auch ein Stück Sinn. Man muß jetzt einen neuen Sinn finden, und das ist vielleicht nicht so einfach und nicht so schnell möglich. Ostalgie im Westen sehe ich genauso. Ich finde es auch sehr schwierig damit umzugehen, besonders dann so auf 68er Kongressen, wo sozusagen einem dann immer gesagt wird, wie merkwürdig man denkt, gedacht hätte oder so. Aber damit muß man sich auseinandersetzen, und die Auseinandersetzung führen wir ja auch.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank. Heinrich August Winkler.

Prof. Dr. Heinrich August Winkler: Zwei Bemerkungen. Die eine zum Thema Ostpolitik, da muß ich noch auf Schacht antworten. Ich denke, Peter Merseburger hatte völlig recht, als er zwischen zwei Phasen der Ostpolitik unterschieden hat: einer ersten in den 70er Jahren, in denen die menschlichen Erleichterungen im Vordergrund standen, einer Phase, in der es darum ging, die Folgen der Teilung erträglicher zu machen; und einer zweiten Phase in den

80er Jahren, wozu man sehr viel Kritisches sagen kann, weil Etatisierung in der Tat nicht zu übersehen ist und Menschen- und Bürgerrechtsfragen vielfach dem Sicherheitsinteresse oder einer bestimmten Art, Sicherheitsinteresse zu interpretieren, untergeordnet worden sind. Zu der ersten Phase allerdings, meine ich, daß Sie in diesem Rundumschlag übersehen haben, daß diejenigen, die sich darum bemüht haben, die Folgen der Teilung erträglich zu machen, patriotischer gehandelt haben als manche, denen das Bekenntnis zur staatlichen Einheit leicht über die Lippen kam, vielleicht sogar in den Grenzen von 1937, die aber dadurch zur Wiedervereinigung Deutschlands oder auch nur zu mehr Freiheit in der DDR nicht beigetragen haben. Ich würde das mit Nachdruck betonen, denn irgendwoher muß ja die Popularität Willy Brandts kommen in den 60er und 70er Jahren, von der vorhin die Rede war. Dies war ein Stück von Verantwortungspatriotismus, und der war viel wichtiger als verbale Bekenntnisse zur deutschen Einheit.

Der zweite Punkt, Demokratiebegriffe Ost und West. Ich finde es wichtig, daß Faulenbach das noch einmal aufgebracht hat. Ich bedaure etwas, daß Fischbeck schon gegangen ist. Ich hätte ihm gesagt, ganz so relativistisch ist der Westen nun auch wieder nicht, und das war vielleicht ein neues Klischee. Immerhin haben wir die sogenannte Ewigkeitsklausel im Grundgesetz, Artikel 79 Absatz 3. Da sind eben bestimmte Grundentscheidungen nicht mehr durch Mehrheiten rücknehmbar. Und das ist ein großer historischer Fortschritt gegenüber dem relativistischen Demokratieverständnis der Weimarer Republik und dem im Osten, wovon übrigens leider noch einiges nachwirkt. Zum Beispiel wird eine Partei eben nicht dadurch schon demokratisch, daß sie 15 oder 20 % der Stimmen bekommt oder hier vielleicht sogar 40, sondern das hängt ja wohl noch an anderen Kriterien. Insofern, denke ich, ist das wertbetonte Demokratieverständnis des Grundgesetzes etwas, was in einem Verfassungsdiskurs offensiv verteidigt werden muß. Dieser Verfassungsdiskurs endet nicht damit, daß das Grundgesetz in einigen Punkten geändert worden ist. Ich denke auch, daß man die repräsentative Demokratie offensiv verteidigen sollte auf Grund der Weimarer Erfahrung. Ich fordere auf zum ständigen Verfassungsdiskurs. Den sollten wir offensiv und selbstbewußt führen.

(Beifall)

Ulrich Schacht: Ich will zunächst noch Herrn Burrichter kurz antworten. Ich kann Sie ganz beruhigen. Ich wäre wirklich unglaublich, wenn ich mir nicht das Sensorium erhalten hätte für vergleichbare Vorgänge in der Gegenwart. Ich habe natürlich zum Beispiel die Reise des Bundeskanzlers nach China, insbesondere die Inszenierung von dem Militär, das auf dem Tiananmenplatz vorher die Studenten niedergeschossen hatte, natürlich scharf kritisiert. Nicht nur irgendwo privat, sondern in der Zeitung, in der ich arbeite, und stelle Ihnen gerne den Text zur Verfügung. Sie sehen, daß es da schon eine Kontinuität gibt. Das Zweite ist natürlich, wer 20 Jahre lang hier ist, weiß um die Kontexte der Entstehung dieser Bücher, ich weiß schmerzlich genau um den Kontext von damals, und ich habe auch nicht über Bücher geredet oder Bücher hier als

Beispiel vorgehalten, die irgendwo marginal am Rande der Gesellschaft zirkuliert hätten, sondern das sind ja zwei Bücher, und ich könnte etliche weiter aufzählen, die paradigmatischen Charakter haben für die neue Wahrnehmungspolitik, möchte ich mal sagen. Und darüber müssen wir wirklich weiter reden an dieser Stelle. Heinrich August Winkler, natürlich habe ich mich lange über Wasser gehalten in meinem Engagement in der westdeutschen Gesellschaft und innerhalb der SPD mit genau dieser Unterscheidung zwischen der ersten und der zweiten Phase. Ich habe nicht zuletzt auch deshalb im Gefängnis im Osten gesessen, weil ich konkret Kontakt zu Willy Brandt und solchen Leuten aufgenommen habe. Weil das unsere Politik war, mir muß keiner was über den Patriotismus dieser Leute erzählen. Nur, so einen kleinen Bruch gibt es leider nicht, und von hinten her ist man natürlich schlauer, und wir sind ja mitten in einer gesellschaftlichen Diskussion an genau diesem Punkt und an genau dieser Stelle. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die jetzt die ganz große Verratsideologie inszenieren, ich weigere mich daran teilzunehmen. Nur müssen wir schon über dieses Zustandekommen eines Klimas der Geneigtheit, rationale Argumente oder theologische zu finden, um uns mit einer Diktatur auf deutschem Boden abzufinden, sprechen. Das ist meine grundsätzliche und tiefergehende Kritik, und sie hat auch etwas damit zu tun, daß ich befürchte, daß das ungewollt zu einem Beispiel perspektivisch nach vorne hin schrecklicherweise gedeihen könnte, auch wenn uns die Soziologen heute beruhigt haben, weil sie so gewisse negative Dinge noch nicht berechnen können. Na ja, mit der Berechnung von Geschichte nach vorne, das ist so eine Sache. Letzte Antwort auf Eppelmann, die Antwort Rat für Politiker. Den hat er ja selbst gegeben. Man muß sie immer daran erinnern, daß Politik in der Tat Diplomatie, Klugheit, Taktik ist, aber eben nicht nur, und daß es Situationen gibt, für die man sich immer wieder konditionieren und präparieren muß: nämlich das Böse im politischen Bereich, im geschichtlichen Bereich als das Böse zu beschreiben, das heißt einfach wahrhaftig reden. Wenn Politik nur unter Ausschaltung von wahrhaftiger Rede stattfinden kann, dann kann ich nur sagen, gute Nacht Marie. Dann kommen wir periodisch in den historischen Stoff, den wir dann auch periodisch in Aufarbeitungskommissionen miteinander diskutieren können. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Jetzt Manfred Rexin.

Manfred Rexin: Das Böse schönreden? Natürlich nicht. Aus dem vorbereiteten Text, den ich nicht vortragen wollte, weil die Diskussion einen anderen Verlauf nahm, zitiere ich einen Satz: „Es war in der Tat zu prüfen, ob westliche Medien in den 70er und 80er Jahren die Wucherungen der Stasi, die Skrupellosigkeit des Repressionsapparates, die Zuspitzung der Wirtschaftskrise, das Maß der ökologischen Zerstörungen, die Menschenrechtsverletzungen und den wachsenden Widerstand dagegen hinreichend wahrgenommen und dargestellt hatten. Aus meiner Sicht gab es Defizite.“

Umgang mit Diktatoren? Diktatoren sind in meinem Verständnis Geiselnnehmer. Sie unterscheiden sich von denen, die in eine Bank eindringen und Leute festsetzen, um Geld zu erpressen, durch die Millionenschar ihrer Opfer. Jeder weiß, daß die Rechtsordnung zwar die Möglichkeit eröffnet und das gute Recht schafft, den Geiselnnehmer zu erschießen, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, die Geiseln zu befreien, daß es aber Situationen geben kann, wo der finale Rettungsschuß, wie man da sagt, nicht möglich ist. Besonders dann nicht, wenn der Geiselnnehmer einen mit nuklearen Waffen geschützten und ausgestatteten Schutzherren hat. Ich will das nicht weiter ausführen.

Wissen Sie, man könnte jetzt lange darüber meditieren, ob es Situationen gibt, in denen ein Polizeipsychologe empfiehlt, mit dem Geiselnnehmer Kognak zu trinken. Das ist übrigens auch ein Unterschied zwischen Diplomaten und Journalisten. Die Diplomaten werden zuweilen dafür bezahlt, daß sie mit ziemlich üblen Leuten Kognak trinken. Den Journalisten würde ich immer abraten, es zu tun, wenn man irgendwie imstande ist, das Interview auch ohne den Kognak zu kriegen. Es gibt schon Formen, die vielleicht mehr in den Bereich der Polizeipsychologie hineingehören als woandershin, die in bestimmten Situationen geboten erscheinen.

Es muß jetzt alles sehr plakativ sein, deshalb nur eine letzte Bemerkung zu Ihrer Frage. Ich war der Meinung, es gab keine vernünftige Alternative zur Ostpolitik, wie sie die sozialliberale Koalition begann und die christlich-liberale Koalition fortsetzte, cum grano salis, mit tausend Einschränkungen zu tausend Einzelheiten. Ich war aber nicht der Meinung, daß die DDR-Forschung in jedem Falle den Mainstream richtig beurteilt und das durchgehalten hat. Da kann man lange drüber reden: Wie ist das, wenn man das Böse analysieren will, woher kommt es, welche Gestalt hat es, kann man es mindern, gibt es Chancen, das Böse so zu verändern, daß es nicht mehr böse ist? Das ist ein schwieriges analytisches Problem. Sie sind als Student der Humboldt-Universität da drüben, denke ich, viele Jahre hindurch ein paar Stufen hochgegangen, da stand diese Marxsche Feuerbachthese, glaube ich, oder steht sie immer noch da? Ach, Sie waren nicht an der Humboldt-Universität? Bitte um Nachsicht.

Also an der Humboldt-Universität habe ich, als ich das erste Mal 1990 diese heiligen Hallen betreten durfte, zuvor konnte man das ja nicht, solange die Mauer stand, als West-Berliner, da habe ich diesen Wandspruch gesehen, diese Marxsche Feuerbachthese. In Abwandlung der Feuerbachthese würde ich sagen, es kommt nicht darauf an, wie man die Diktatur nennt. Es kommt darauf an, sie abzuschaffen. Und das ist uns letztlich gelungen, deshalb konnten wir heute in diesem Raum hier sitzen. Vielen Dank.

Zwischenruf: Ich glaube, daß die Frage eher ist, wer sie abgeschafft hat. Die hat doch jeder selbst abgeschafft.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Das würde zu einer weiteren Diskussion führen. Meine Damen und Herren, wir haben den Versuch gemacht, über die gegenseitige Sicht von Deutschen Ost und Deutschen West zu

reden. Sicher ist es zum Teil bei dem Versuch geblieben. Aber lassen Sie mich am Ende drei Bemerkungen, die sehr subjektiv sind, machen.

Erstens: Mich bestätigt diese Diskussion hier am Podium in meiner Annahme, daß es nicht zwei geschlossene Kulturen West und Ost gibt. Jedenfalls gehen die Kontroversen vielfach querbeet, sie laufen nicht entlang der normalen Ost-West-Einteilung.

Die zweite Bemerkung: Ich glaube, es wird auch künftig unterschiedliche Orientierungen geben, jedenfalls solange die Menschen unterschiedliche Sozialisierungen haben. Im Sozialisationsprozess gegebene Orientierungen lassen sich nicht rasch überwinden, sie wirken nach. Aber es gibt daneben doch eine Menge Klischees voneinander. Mit diesen Klischees, so glaube ich, müssen wir uns nicht abfinden. Sie sind um so größer, je weniger Begegnung, je weniger Diskussionen zwischen Ost und West stattfinden. Da gibt es – so glaube ich – einiges zu tun.

Deshalb meine dritte Bemerkung: Auch wenn wir diese Sitzung der Enquete-Kommission noch auswerten müssen im Hinblick auf das, was künftig zu tun ist, ist doch schon zu folgern, daß es gilt, sich mit der Realität wirklich auseinanderzusetzen und nicht vorschnell bestimmte Wahrnehmungsmuster für die Realität zu halten. Eine weitere Folgerung könnte sein, daß wir uns bemühen, tatsächlich Diskussionen, die quer zu den normalen Diskussionen sind, bewußt zu organisieren.

Nicht zuletzt aber hat die Diskussion auch gezeigt, daß es bestimmte grundlegende Fragen – etwa soziale Probleme – in unserer Gesellschaft politisch zu lösen gilt. Dieses müssen wir in Richtung des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung sagen. Von der Fähigkeit zur Problemlösung wird nicht zuletzt abhängen, wie erfolgreich unsere Gesellschaft sein wird, mit den verschiedenen Vergangenheiten umzugehen. Auch dieses, glaube ich, können wir aus dieser Diskussion mitnehmen.

Meine Damen und Herren, am Ende dieser Diskussion möchte ich den Teilnehmern hier am Podium sehr herzlich danken und zuletzt das Wort dem Vorsitzenden Eppelmann geben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ja, herzlichen Dank, lieber Kollege Faulenbach. Fünf haben wir hier im letzten Podium gehört mit ihren ganz individuellen Wahrnehmungen. Ich kann mir vorstellen, daß es Ihnen, den Zuhörern, ähnlich gegangen ist wie uns, den Mitgliedern in der Enquete-Kommission. An der einen oder anderen Stelle haben wir uns mit unseren eigenen Wahrnehmungen wiedergefunden, und an anderer Stelle haben wir widersprochen oder widersprechen wollen. Das wird, unterstelle ich mal, wenn man 16 Millionen DDR-Bürger gefragt hätte, ebenso sein. Es ist eine wahnsinnige Vielfalt, so daß dies nur ein ganz kleiner Ausschnitt sein konnte, der allerdings deutlich gemacht hat, auch in seiner Unterschiedlichkeit, wie wichtig es ist, uns mit diesen Fragen zu beschäftigen und damit auch weiter zu befassen. Das Thema „Alltag in der DDR“, zu dem diese Anhörung hier gehörte, wird ein Thema

sein, das uns noch weiter befassen wird, und zwar nicht, ich hoffe, daß auch das deutlich geworden ist, nur rückblickend, sondern auch bezogen auf Gegenwart und Zukunft. Wenn uns die wichtig sind, und das möchte ich mal unterstellen, dann werden wir an der Stelle weitermachen müssen. Ich danke Ihnen ganz herzlich, daß Sie mit uns das Vergnügen haben wollten, hier in diesem Haus zu sein. Ich vermute mal, kein einziger hat einen Ausweis zeigen müssen oder sich nach Waffen oder ähnlichem durchsuchen lassen müssen, keiner ist nach seinem Anliegen gefragt worden, sondern einfach hier reingegangen. Darüber sollten wir uns freuen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend, einen guten Sommer, kommen Sie gut nach Hause. Auf Wiedersehen.

(Beifall)

Ende der Sitzung 19.00 Uhr